

ANTRAG

der Abgeordneten Hundsmüller, Razborcan, Pfister, Mag. Renner, Rosenmaier, Mag. Samwald, Mag. Scheele, Schindele, Schmidt, Mag. Dr. Sidl, Mag. Suchan-Mayr, Weninger und Windholz MSc

betreffend Sicherung des Weiterbestandes der ÖBB-Personenkassen an den niederösterreichischen Bahnhöfen sowie Kartenverkauf durch die Zugbegleiter

Laut Informationen aus Kreisen der ÖBB sowie Medienberichten sollen in den Bahnhöfen in NÖ alle Personenkassen (mit Ausnahme von Wr. Neustadt, St. Pölten) geschlossen und durch Automatenkassen ersetzt werden. Die derzeit vorhandenen Personenkassen werden von den BenutzerInnen der Bahn – trotz alternativer Bezugsmöglichkeiten – nach wie vor sehr gut angenommen und würde eine Schließung jedenfalls eine Verschlechterung für Bahnkunden bedeuten. Insbesondere für ältere, nicht technikaffine Menschen würde die Schließung ein Problem darstellen.

Auch darf nicht übersehen werden, dass gerade im ländlichen Raum die in den letzten Jahren verstärkt stattfindende infrastrukturelle Ausdünnung, wie etwa Schließung von Postämtern, Polizeiposten und Banken die Situation für die betroffenen Bezirke und Gemeinden weiter erschwert hat. Nun soll in einem weiteren Schritt die Serviceinfrastruktur der Bahn demontiert werden, anstatt die Regionen in Niederösterreich durch Fördermaßnahmen zu unterstützen.

Mit den (derzeit noch) bestehenden Personenkassen sind beispielsweise folgende Vorteile verbunden:

- Personenkassen haben Servicecharakter und sind erste und wichtige Ansprechpartner im Zugang zum öffentlichen Verkehr. Persönlicher Kontakt und Beratung sind unverzichtbare Bestandteile einer qualifizierten Serviceeinrichtung;
- durch die permanente Anwesenheit von ÖBB Bediensteten wird das subjektive Sicherheitsgefühl der Bahnkunden verstärkt;

- Personenkassen stellen durch kompetente Beratung sicher, dass jeder Kunde die für sie/ihn günstigste Fahrkarte erwerben kann;
- darüber hinaus sind zahlreiche MitarbeiterInnen der ÖBB an den Schaltern beschäftigt. Es handelt sich dabei schätzungsweise um etwa 40-50 MitarbeiterInnen alleine in Niederösterreich. Ob diese einen adäquaten Ersatzarbeitsplatz erhalten, oder zumindest zum Teil „freigesetzt“ werden ist derzeit noch nicht absehbar.

Aufgrund dieser Beispiele und der damit zusammenhängenden Wichtigkeit von Personenkassen in Bahnhöfen fordern wir deren Beibehaltung – und zwar jedenfalls im derzeit bestehenden Ausmaß.

Zuletzt wurden auch allfällige „Bahnpartner“ wie Trafiken, Tankstellen und Handelsunternehmen ins Treffen geführt. Diese stellen jedoch keinen gleichwertigen Ersatz für das eigene Angebot der ÖBB dar, da für „Bahnpartner“ der Kartenverkauf bloß eine Nebeneinnahmequelle darstellt. Daher ist die hinreichende Schulung und Qualifikation des Personals im Hinblick auf das entsprechende Angebot bzw. Informationen (Einzelkarten, Zeitkarten, Vorteils-card, diverse Ermäßigungen bzw. Angebote, Anschlusszüge und Umsteigemöglichkeiten etc.) durch „Bahnpartner“ nicht sichergestellt. Die Erfahrungen mit „Postpartnern“ haben gezeigt, dass diese zwar durchwegs ambitioniert arbeiten, aber das originäre Angebot der Post nicht ersetzen können, was wohl auch für künftige „Bahnpartner“ zutreffen wird;

Zusätzlich soll ein Fahrkartenkauf im Zug (ohne Aufschläge) beim Zugbegleiter – auch bei „Selbstbedienungsstrecken“ – ermöglicht werden. Im Sinne einer kundenorientierten Serviceleistung sollte dieses Angebot flächendeckend angeboten werden. Untersuchungen bei der privaten „Westbahn“ haben gezeigt, dass bis zu 80% der Fahrkarten im Zug beim Zugbegleiter bezogen werden. Dies zeigt auch, dass – bei entsprechendem Angebot – stets der persönlichen Betreuung der Vorzug gegeben wird.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung mit der Bundesregierung und den ÖBB in Kontakt zu treten und Verhandlungen aufzunehmen, damit

1. die geplanten Schließungen der Personenkassen an den niederösterreichischen Bahnhöfen hintangehalten werden sowie
2. der Fahrkartenkauf im Zug ohne Aufschläge beim Zugbegleiter – auch bei „Selbstbedienungsstrecken“ – ermöglicht wird.“

Der Herr Präsident wird ersucht diesen Antrag dem Verkehrsausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.